



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

205 (3.5.1917) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-173144](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-173144)

unvermeidlich. Das Festhalten an der Hoffnung auf eine freiwillige Einschränkung könne als schicksalsschwerer Fehler sich erweisen.

Hefige Angriffe gegen die Marineministerien der Entente.

Bern, 2. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Der Abgeordnete Liffier legte in der französischen Kammer einen Bericht über die Tätigkeit der U-Boote nieder, nach welchem bis Ende 1916 3,5 Millionen Tonnen Schiffsraum versenkt wurden, darunter 2 168 000 Tonnen für 1916, 1 228 000 Tonnen für 1915. Für 1917 sei mit der

Verzehrung von sechs Millionen Tonnen

zu rechnen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß seit Eintritt des guten Wetters die Tätigkeit der U-Boote sehr zugenommen habe. Der Ernst des U-Bootkrieges dürfe nicht mehr weg-gelugnet werden. Liffier richtete dann heftige Angriffe gegen die Marineministerien der Entente, die nichts getan haben, um die Gefahr rechtzeitig zu bekämpfen, die sie hätten erkennen müssen. Die große Stärke der U-Boote liege darin, daß zu ihrer Bekämpfung ungeheure Verteidigungsmittel aufgewendet werden müßten. Die U-Boote ständen als ein militärisches Werkzeug von wunderbarer Wirkung da. Liffier verlangte schließlich, daß die Speertransporte zur Sicherheit unter gemeinsamen Geleit fahren sollten. „Beit Parisien“ meint jedoch, das einzig wirksame Mittel gegen die Tätigkeit der U-Boote sei, neue Schiffe zu bauen. Leider sei es fraglich, ob die Entente imstande ist, soviel Schiffsraum herzustellen, wie versenkt wird.

Freiwillige Einschränkung des Brotverbrauches bei Hofe.

Amsterdam, 2. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Das „Allgemeine Handelsblad“ meldet aus London: Der König unterzeichnete heute einen Aufruf zur freiwilligen Einschränkung des Brotverbrauches. In dem Aufruf wird mitgeteilt, daß bei Hofe die von Lord Devonport festgesetzte Rationierung befolgt wird. Der König ermahnte zur Vermeidung der Einführung von Brotarten, dem freiwilligen System zum Erfolg zu verhelfen.

Schließung von Papierfabriken infolge Rohstoffmangels in England.

Amsterdam, 2. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) In der englischen Papierindustrie trat wie das „Allgemeine Handelsblad“ aus London meldet, eine Krise ein. Die Zufuhr von Rohstoffen hört fast gänzlich auf. Mehrere Papierfabriken, vor allem die, welche Zeitungspapier herstellen, mußten den Betrieb einstellen.

Die drei Hauptwirkungen des U-Bootkrieges.

Im „Koppel“ vom 25. April bezeichnet Camille Desklar folgende drei Ergebnisse als die Hauptwirkungen des U-Boot-Krieges:

1. Der Sieg wird verzögert, weil das ganze in Grund gebohnte Kriegsmaterial dringend gebraucht werden müßte und um jeden Preis ersetzt werden muß;
2. Die Zivilbevölkerung, die dem vielleicht nicht genügend Rechnung trägt, muß infolgedessen Einschränkungen über sich ergehen lassen;
3. Während die Flotten der Verbandsmächte und Neutralen immer schwächer werden, wird die wohlbehütete deutsche Flotte in naturnotwendiger Folge der Torpedierungen die erste Flotte der Welt nach dem Kriege werden. Man wird schon sehen, was das heißt!

Admiral Lacaze müßte jede Torpedierung eines französischen Handelsschiffes als eine Seeniederlage ansehen. Wenn durch ein feindliches U-Boot eines unserer Frachtschiffe von 15 000 Tonnen versenkt wird, das monatlich zwei Fahrten machen könnte, so stinkt nicht einfach ein Schiff von 15 000 T. auf den Grund des Meeres, sondern in Wirklichkeit die Tonnage des Schiffes multipliziert mit der Anzahl der Frachten, die es bis zum Kriegsende noch hätte machen können.

Auch Guatemala.

Berlin, 2. Mai. (W.B. Amtlich.) Der Gesandte Guatemalas hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Auftrag seiner Regierung mitgeteilt, daß die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen seien und hat um seine Pässe gebeten. Die Vertretung der deutschen Interessen in Guatemala hat die spanische Regierung übernommen.

Brazilien besetzt deutsche Schiffe mit eigenen Mannschaften.

Berlin, 2. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Die brasilianische Regierung teilte im auswärtigen Amte durch Vermittlung der schweizerischen Regierung mit, daß sie Maßregeln treffen müsse um eine Schädigung der brasilianischen Häfen durch die Zerstörung deutscher Schiffe zu verhindern. In der von ihr veröffentlichten amtlichen Note wird ausgeführt, daß die deutschen Besatzungen Zerstörungshandlungen gegen diese Schiffe ausgeführt haben, die unter der Gerichtsbarkeit und dem Schutze der brasilianischen Behörden stehen würden, namentlich, seit dem die deutsche Vertretung dort nicht mehr bestche. Es wurde ferner entgegen den Vorschriften der Hafendehörde Waischintenteile und andere Gegenstände in das Meer geworfen, auch hätten die Schiffsbesatzungen die Absicht bezeugt, einige oder alle Schiffe zu versenken. Die Ausführung dieser Absicht könne die brasilianische Regierung, wegen der zu erwartenden Beschädigungen der Schifffahrt und Häfen, nicht zulassen. Sie habe daher aus Sicherheitsmaßregeln die nicht den Charakter der Beschlagnahme trügen, dem Marineminister befohlen, die Schiffe durch die Mannschaften seines Befehlsbereiches besetzen zu lassen, solange die gegenwärtige Lage andauere. Die Besetzung fand in der besten Ordnung statt. Die deutschen Besatzungen wurden, ohne daß ihre frühere Lebensweise geändert worden wäre, an Bord gelassen.

Amerikas Roche an den Neutralen.

Berlin, 3. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Genf wird gemeldet: Die Washingtoner Gesandten der neutralen europäischen Staaten begaben sich in corpore zu Staatssekretär Lansing und haben erneut um Aufklärung über die amerikanischen Pläne gegen die Zufuhren an die Neutralen. Die Diplomaten sehten dem Staatssekretär auseinander, daß die Durchführung der geplanten amerikanischen Maßnahmen die Lushungerung der kleinen neutralen Völker zur Folge haben müßte. Die Vertreter Hollands und der Schweiz legten dar, daß ihre von der Entente gewünschten und eingerichteten Ausfuhrorganisationen der Entente bereits alle Garantien böten. Die Vorschriften

gen der kleinen neutralen Staaten fanden eine recht kühle Aufnahme. Lansing sagte, die Frage unterstehe der gemeinsamen Prüfung durch das Staatsdepartement und der Ententeabordnungen. Die Washingtoner Regierung lasse sich aber weder durch Sympathien, noch durch parteiische Bitten in ihrer Absicht beirren, die Mittelmächte durch die Hungerblockade zu einem raschen Frieden zu zwingen. Die neutralen Diplomaten in Washington beschwerten sich überdies auch über gesellschaftliche Misachtung durch die amerikanische Regierung. Die neutralen Diplomaten und Konsula sind von dem Fest zu Ehren der Ententeabordnung systematisch ausgeschlossen worden. Man beklagte sich bei Lansing, erhielt aber eine ausweichende ironische Antwort.

Viviani und Joffre im amerikanischen Senat.

m. Köln, 3. Mai. (Priv.-Tel.) Die „Alldeutsche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Viviani und Joffre, Frankreichs Sendboten nach Amerika wurden im Senat empfangen als gerade ein Antrag Lavolettis zur Verhandlung stand, monach die Einführung der Wehrpflicht von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werden sollte. Die Sitzung wurde unterbrochen um die Besucher zu empfangen. Der Antrag Lavolettis wurde nach Wiederaufnahme der Sitzung abgelehnt und die Wehrpflicht verabschiedet. Der Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen.

Der Wiener Bericht.

Wien, 2. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Amlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im Raume südlich der Ditz-Strasse wurde ein Vorstoß russischer Abteilungen restlos abgewiesen. Sonst teilweise lebhafte Artillerietätigkeit.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist un verändert. Der stellvertretende Chef des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 30. April abends griffen unsere Seeflugzeuge die Hafenanlagen von Valona mit sichtbar gutem Erfolg an und kehrten trotz starker Gegenwirkung vollständig zurück.

Der bulgarische Bericht.

Sofia, 2. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Generalstabsbericht vom 1. Mai:

Mazedonische Front.

Im Cernobogen und auf dem rechten Wardarufer lebhaftes Artilleriefeuer. Zwei feindliche Flugzeuge wurden im Cernobogen- und in der Gegend der Moglena durch unser Feuer heruntergeschossen.

Rumänische Front.

Rube.

Arbeitsmarkt und Verzichtfrieden.

In seinen wirtschaftlichen Tagesberichten schreibt Richard Calwer:

Die außergewöhnliche Gunst des deutschen Arbeitsmarktes während der Kriegszeit hat den Blick von der Zukunft ganz abgelenkt. Viele Gründe sprechen dafür die künftige Gestaltung des gewerblichen Arbeitsmarktes noch nicht zu erörtern. Einige Gründe aber, deren Gewicht zurzeit ausschlaggebend ist, legen es doch nahe, zu fragen, wie sich der deutsche Arbeitsmarkt nach dem Kriege gestalten wird. Man kann zwar nicht sicher in die Zukunft schauen, aber einige Gesichtspunkte lassen sich doch heute schon anführen, die einen großen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausüben werden. So dürfen wir z. B. annehmen, daß die Beschaffung von dauernder Arbeitsgelegenheit für die zurückkehrenden Krieger vor allem eine Frage der wirtschaftlichen Konjunktur sein wird. Wird nun nach der Beendigung des Krieges die Konjunktur so lebhaft einsehen, daß dauernde und ausreichende Arbeitsgelegenheit für das überaus starke Angebot am Arbeitsmarkt vorhanden sein wird? Wir glauben, diese Frage verneinen zu müssen. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt wird überaus heftig werden, denn die Aufnahmefähigkeit der Märkte wird sich nur langsam und allmählich bis zu dem Grade der letzten Friedensjahre erholen. Die Aussichten des gewerblichen deutschen Arbeitsmarktes sind aber als um so düsterer zu bezeichnen, je weniger uns der kommende Frieden bringt. Auf diese Eventualität möchten wir schon heute im Interesse der deutschen Arbeiterschaft hinweisen. Deutschlands territorialen Grundloggen, wie sie sich vor dem Kriege darstellten, reichen nicht hin, der Bevölkerung ohne starke industrielle Ausfuhr den Lebensunterhalt zu sichern. Schafft der Friede dem deutschen Volke nicht eine stärkere Entwicklungsmöglichkeit als wie sie vor dem Kriege vorhanden war, so wird zunächst die Industrie auf lange Zeit hinaus nicht mehr in der Lage sein, die von ihr vor dem Kriege lebenden Arbeitermassen voll zu beschäftigen und ausreichend zu entlohnen. Das in Absatz deutscher Waren im Auslande eine auf lange Zeit hinaus nicht zu überwindende starke Schwächung erfahren wird, hat zur Folge, daß der Arbeitsmarkt unter sehr erheblichem Druck stehen wird, dem nur durch kräftige Auswanderung begegnet werden könnte.

Wenn der Verteidigungskrieg Deutschlands damit endet, daß alles beim alten bleibt, daß jedes Land seine eigene Last zu tragen hat, dann haben die deutschen Arbeiter im Vergleich zu der Arbeiterschaft aller anderen am Kriege beteiligten Länder am schwersten und am längsten zu tragen. Die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Arbeiterschaft wird ganz beträchtlich zurückgehen, die Organisationen der Arbeiterschaft werden unter diesem Niedergang ebenfalls leiden und können dabei gegen die Voraussetzung der wirtschaftlichen Verschlechterung nicht das geringste ausrichten. Wir müssen bedenken, daß Rußland innerhalb seines großen Wirtschaftsgebietes reichlich Gelegenheit zur befriedigenden Entwicklung hat, mag es augenblicklich auch noch so stillstehen. Dagegen Englands Handel und Industrie sich im Anschluß an seine großen und reichen Kolonien verhältnismäßig rasch erholen wird, das dürfte kaum ernstlich bestritten werden. Namentlich ist dabei noch zu berücksichtigen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika schon aus rein finanziellen Gründen ein guter Absatzmarkt für englische Erzeugnisse werden müssen. Selbst das so sehr geschätzte Frankreich ist nicht entfernt in dem Grade wie

Deutschland darauf angewiesen, für einen größeren Procentsatz seiner Arbeitskräfte die Arbeitsgelegenheit aus dem Auslande beschaffen zu müssen. Für Italien endlich verschlechtert sich die Situation wenigstens grundfänglich nicht; auch vor dem Kriege mußte ein Teil der überschüssigen Kräfte ins Ausland abwandern, um seine Existenz zu finden. Ganz anders dagegen liegen die Verhältnisse für das deutsche Volk. Es ist im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl auf einem viel zu engen Raum zusammengedrückt. Bekommt es keine breitere Basis, oder fehlen ihm die gesicherten Auslandsmärkte, hat es außerdem die finanziellen Kosten des Krieges zu tragen, so wälzt sich der aus dieser weltwirtschaftlichen Konstellation hervorgehende Druck in seiner ganzen Wucht auf die Schultern der Arbeiterschaft. Ueber diese Auswirkung sollte man sich ganz besonders in der deutschen Arbeiterschaft klar werden. Und wenn diese Klarheit noch nicht vorhanden ist, dann sollte man sich angelegen sein lassen, Aufklärung zu schaffen. Man würde bei richtiger Einschätzung der Zukunftsaussichten vielleicht doch noch manches Opfer in der Gegenwart in den Kauf nehmen, um für die kommenden Zeiten erträglichere und wenigstens hoffnungreiche Aussichten zu erhalten.

Die deutschen Arbeiter sollten diese klaren und nüchternen Beweisführungen eines sehr guten Freundes ihrer Sache aufmerksam lesen und durchdenken. Sie werden für die Ueberbildung über das so schwere Problem des Friedensschlusses aus ihnen mehr lernen als aus den ohne jeden Verlust der Begründung und Vertiefung vorgebrachten Forderungen mancher sozialdemokratischer Blätter nach dem Frieden ohne wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung und ohne Kriegsschädigung. Was dieser dem Arbeiter bieten würde, wird zwingend dargelegt aus der Welt harter Wirklichkeiten, während die Anhänger des Verzichtfriedens zwar eine stillschöne Redensart auführen, aber sich um die Widerlegung der gegen sie ins Treffen geführten Tatsachen gerne herumdrücken und den Argumenten, die ihnen aus den eigenen Reihen, von gründlich gebildeten Sozialisten selbst entgegengehalten werden, einfach mit der äußerst bequemen Leichtigkeit des Lachschweizens begegnen. Vor dem Richterstuhl mächtigster wirtschaftlicher Erwägungen kann der Gedanke des Verzichtfriedens ja nicht standhalten. Er würde und müßte für Deutschland und seine Arbeiterschaft Not und Elend im Gefolge haben, und aus dieser Not könnte eine furchtbare sozialrevolutionäre Katastrophe entstehen, die Deutschland zu verfallenen Beute seiner umlaufenden Feinde machen würde. Sozialistische Gegner des Verzichtfriedens haben nun behauptet, daß die Fanaliker des Friedens ohne Sieg zugleich Fanaliker der sozialen Revolution in Deutschland seien und durch Propaganda für ersteren letztere mehr oder weniger bewußt herbeiführen wollten. Diese Behauptung ist hoffentlich falsch, daß aber die ganze pessimistische und kleinmütige Agitation der Verzichtheute Deutschland in eine innere und äußere Katastrophe hineintreiben würde, ist auch uns mehr als wahrscheinlich.

Das preussische Abgeordnetenhaus.

Berlin, 3. Mai. (Von unj. Berl. Büro.) Das Abgeordnetenhaus ist gestern in seine Sommerferien gegangen. Es ist allerdings nicht in der Fassung, die ihm das Abgeordnetenhaus gegeben hat, von Herrenhaus angenommen wird, muß die Kammer noch einmal demütigt werden und dann wird es sich auch noch über eine Wahrschritt-Interpellation zu unterhalten haben. Die wurde nämlich gestern, als man sich zum Schließen rüstete, von Herrn Dr. Bachmeier eingebracht. Darüber entspann sich eine recht lebhafte Geschäftsverhandlung, welche und von verschiedenen Seiten wurde Herrn Dr. Bachmeier bezeugt, daß die getrigen Verhandlungen über das Fideikommissgesetz wohl einen anderen Weg gegangen wären, wenn man nicht dieser Wahlrechtsaktion eine Konung gehabt hätte.

Diese Einwände wurden zwar von den Konserverativen und von Zentrum gemacht, dennoch trafen sie unserer Erwarten zu Gunsten man ist dafür, in dieser entscheidungsschweren Zeit nicht noch neuen inneren Konfliktstoff auszulösen, dann soll man auch Wahlrechtsveränderungen und vor allem Wahlrechtsinterpellationen vermeiden, oder man will doch den Hader erneuern und wenn hätte es am Ende nichts mehr ausgemacht, wenn diese demütlich recht feindselige Debatte sich auch schon bei der Fideikommissverhandlung abgespielt hätte.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß und das Jesuitengesetz.

Der „Reichsbote“ fragte unter Hinweis auf die Aufhebung des Jesuitengesetzes in seiner Nr. 211 vom 26. April: „Bleib der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß?“ und meinte, die offizielle Vertretung des evangelischen Deutschlands habe, wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber, geschwiegen. Demgegenüber kann der Evangelische Pressenverband für Deutschland versichern, daß der Kirchenausschuß es nicht unterlassen habe, in der ihm übertragenen Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen des evangelischen Deutschlands seine schmerzlichen Bedenken gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes zumal in der gegenwärtigen Kriegszeit und gerade im Jahr der 400-jährigen Jubelfeier der Reformation an zuständiger Stelle geltend zu machen.

Die evangelische Kirche in Baden und das Jesuitengesetz.

Nach Anordnung des Evangelischen Oberkirchenrats wurde in den evangelischen Kirchen des Landes Baden am Jubiläumssontage eine Ansprache verlesen, die hauptsächlich eine Ermahnung und eine Ermahnung an die Bevölkerung enthielt zu gemeinsamem treuen Aushalten, dann aber in durchaus verständlichem Sinne Stellung nahm zu der Aufhebung des Jesuitengesetzes. Es heißt in der Rundgebung: „Und wenn gerade heute es uns ein besonderes Anliegen war, Euch zu begrüßen mit einem stärkenden Wort, weil vor wenigen Tagen eine Gesetzesbestimmung gefallen ist, die uns eine wertvolle Sicherung für den Frieden unter den Bekenntnissen zu sein schien und darum eine Bürgschaft für die ungestörte Pflege unseres kirchlichen Lebens — so haben wir auch in Baden darauf, Euch nichts anderes zuzurufen, als das Wort freudig zuversichtlich: Wir haben einen lebendigen Herrn! Zu ihm wollen wir uns mit unseren Reformatoren bekennen als zu dem Grund unseres Heils seiner sündenvergebenden Gnade zu ihm als den Weg für unser Leben in seinem wahrhaftigen Wort. Und in diesem Glauben laßt uns gerade jetzt in der Reformationsjubelfeier uns zusammenschließen: Weg mit allen inneren Streit, der die Kraft erregt, weg mit allen unchristlichen Schelten wieder einander, das die Herzen verhärtet. Eins im Glauben an unseren lebendigen Herrn, das sei unser Weg und Ziel in unserem evangelischen Volk. Dann können wir getroßt rufen im Blick auf unser Vaterland und unsere Kirche Jubilate, das Reich muß er behalten. Amen.“

Städtische Bekleidungsstelle F 3, 5/6.
 Verkaufzeit nachmittags von 3-1/2 bis 4 Uhr.
 Kaufberechtigung haben Montag u. Donnerstag Buchhändler A-G einsegl.
 Dienstag u. Freitag H-O
 Mittwoch u. Samstag P-Z
 Bezugscheine und Preisänderungsvorlagen.

Mit Kartoffeln sparsam wirtschaften!

Prüfungsscheine für Web-, Wirt-, Strick- und Schuhmacher, F 3, 6.
 Um dem Preisanstieg bei den Ausgabestellen vorzubeugen und dadurch die Abfertigung des Publikums zu beschleunigen, erteilt die Prüfungskommission von nun an Prüfungsscheine, die die Abfertigung der Kaufberechtigten erleichtern. Diese Scheine sind bei den Ausgabestellen nach den Anfangsbuchstaben der Familien-Namen vorzunehmen. Die Ausfertigung erfolgt nach folgender Einteilung:
 jeweils Montag und Donnerstag Buchstabe A-G einseitig
 Dienstag und Freitag H-O
 Mittwoch und Samstag P-Z

Ausnahmen nur bei Trauerfällen unter Vorlage einer glaubhaften Versicherung. Kaufberechtigung für die genehmigten Bezugscheine in den Geschäften ist selbstverständlich fähig gegeben. Die Antragsteller sind den Ausfertigungsbeamten gegenüber verpflichtet, jede gewünschte Auskunft wahrheitsgemäß zu erteilen. Solche Angaben werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu M. 15000 bestraft. Die Ausfertigung von Bezugscheinen an Kinder unter 14 Jahren kann demgemäß nicht mehr vorgenommen werden.

Prüfungsscheine.

Kindermäntel

Erstlingsmäntel sind dringend nötig!
 Nach Kindermänteln und Kinderbetten fehlen uns sehr!
 Wir bitten um ergeblische oder unergeblische Ablieferung.
 Städt. Bekleidungsstelle F 3, 5/6.

Sammelt die Küchenschüssel.
 Bewahrt sie vor Verderb.
 Ihr frecht dadurch unsere Viehstuttervorkasse.
 Bringt sie zu den Annahmestellen der Mannheimer Hofab-
 wertung oder melde dort oder in der Geschäftsstelle, wo und
 wann sie abgeholt werden können.
 Die Annahmestellen sind geöffnet:
 Montag, Mittwoch, Freitag am Markt 4-6 Uhr,
 Dienstag, Donnerstag, Samstag Ecke Markt und Schweyingerstraße
 4-6 Uhr.
 Montag, Mittwoch, Samstag, Waldschule 4-6 Uhr.
 Die Kommission der Mannheimer Hofabwertung.
 Geschäftsstelle: O 7, u. Telefon über Rathaus ab 26. 4.

Letzte Meldungen.

Verfassungsausschuss und nationalliberale Reichstagsfraktion.

Berlin, 3. Mai. (Von unferem Berl. Büro.) Ueber die Arbeiten des Verfassungsausschusses und die nationalliberale Reichstagsfraktion schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“: Die Fraktion ist sich darüber einig, daß nach der Osterbotschaft des Kaisers die Frage der preussischen Wahlrechtsreform nicht mehr mit den Aufgaben des Verfassungsausschusses zu tun hat. Dagegen ist der Antrag auf Änderung der Wahlkreise eine alte Forderung der Fraktion. Neu in Aussicht genommen ist ein Antrag zu dem Artikel 17 der Reichsverfassung, durch den beantragt werden soll, daß der Reichstag gegenüber dem Kaiser und dem Bundesrat die Verantwortung für Anordnungen und Bestimmungen des Kaisers übernimmt. Ferner wird die Fraktion beantragen, daß die Bestimmungen in Artikel 9 der Reichsverfassung aufgehoben wird, wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein kann. Ferner ist beabsichtigt, einen Antrag auf Aufhebung des Artikels 21 Abs. 2 einzubringen. In diesem speziellen Antrag wird bestimmt, daß Reichstagsabgeordnete bei der Hebernahme eines besetzten Reichs- oder Staatsamtes, oder bei dem Einrücken in einen höheren Rang oder in ein höheres Amt sich und Stimmrecht im Reichstag verlieren und sich einer Neuwahl unterziehen müssen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt dann weiter: Eine eingehende Untersuchung fand in der Fraktion über die Frage des parlamentarischen Systems statt. Man war sich darüber einig, daß eine Verfassungsänderung zum Zweck der Änderung dieses Systems nicht in Frage komme.

Die Absicht der Fraktion geht in dieser Frage dahin, eine härtere Beteiligung des Parlaments auch in der Ausübung der Regierungsgewalt zu erzielen. Es wird sich zunächst darum handeln, zwischen dem Reichstag und der Regierung eine engere Fühlung herzustellen, eine Fühlung, die äußerlich durch einen Austausch von Besprechungen, innerlich durch den Austausch von Staatssekretären bewirkt werden soll. Man dachte sich die Annahme einer solchen engeren Fühlung auf dem Wege der natürlichen geschichtlichen Entwicklung. Diese Frage unserer Verfassungswesen scheint von vornherein auf eine falsche Lösung ausgeht, wenn man sie als ein parlamentarisches Recht betrachtet, das die Regierung bestanden hätte. Es handelt sich nicht um die Hebernahme eines fertigen Systems nach ausländischem Muster, sondern um die Förderung einer Entwicklung, die von der Zusammensetzung eines härteren parlamentarischen Einflusses ihren Ausgang nimmt und damit den Reichstag und die Regierung in

„Wenn er durchkommt,“ sagte Schwester Hanna still.
 „Na, man muß hoffen. Wenn er nur einmal einen Augenblick bei Bewußtsein ist, dann hätten wir schon was geschafft.“
 In dies Wenn hammerte sie sich. Auf diesen Augenblick des Bewußtseins hoffte sie so inbrünstig, wie nur Frauenliebe hoffen kann.

Und an einem heißen Montage erkrankte er. Oeffnete die Augen, blickte ins Sonnenlicht, in ein helles Zimmer, das er nicht kannte. Amie Lucie begrüßte ihn, Rosalindene, die langjam den Kopf, sah am Fenster die Gestalt einer Schwester, die da stand und ihn anstarrte. Und wußte nicht, was mit ihm geschehen war.

„Schwöcher!“ rief er, und erkannte, daß seine Stimme so klanglos war. „Schwöcher!“
 Die Schwester wandte sich um, war mit einem Schritt am seinem Bett.

War dies nun Traum — war es Wirklichkeit?
 Er konnte es nicht erfahren. Er wußte nur, hier war Hanna. Seine Hände streifte er nach ihr aus:
 „Hanna, ach Hanna!“ Und hob den Kopf. „Rosalindene! Wie damals —“

„Wang leise sag er Ihre Hand an seine Lippen.
 Vergiß! Sei gut!“
 Ihre Hand strich über seine Wange, abgelehrt. Die sprach nicht. — Aber er verstand sie doch.

„Die — — —“
 Sie legte den Strauß in seine Hand. Er lächelte schwach.
 „Die waren immer bei mir.“
 „Nicht reden,“ wachte sie. Schlafes und gesund werden.“
 Da schloß er auch schon die Augen und lehnte sich zurück. —
 „Du bist da. — du und deine Blumen.“
 Und schloß den Mund und der Liebe entgegeng.

engere Fühlung bringen. Die nationalliberale Fraktion glaubt zur Bekämpfung einer solchen Entwicklung in dem Verhältniswahlrecht eine gewisse Vorbereitung zu erheben, da durch dieses Wahlrecht für die Parteienverhältnisse eine gewisse Grundlinie geschaffen werden kann, die den Schwankungen der Zukunftswahl entgegensteht.

Erst auf dieser Grundlage kann sich nach Ansicht der Fraktion der Stamm geschulter Parlamentarier entwickeln, welcher für die Ausübung eines großen parlamentarischen Einflusses notwendig ist. Auch mit dieser Frage wird sich der Verfassungsausschuss zu beschäftigen haben.

Als weitere Vorbereitung kommt eine Verständigung unter den Parteien hinzu, damit sich feste Mehrheitsverhältnisse bilden können. Auch diese müssen eine Frucht der Entwicklung sein, wenn sie Bestand haben sollen. Notwendigkeit dazu ist aber, daß man innerhalb des Reiches einer möglichen zukünftigen Reichstagsparlament gegenseitig Rücksicht übt und nicht bei abweichenden Meinungen den Führer oder die Anhänger einer Partei isoliert, wie es leider noch immer geschieht.

Zusammensetzung des Verfassungsausschusses.

Berlin, 3. Mai. (Von unferem Berliner Büro.) Der Verfassungsausschuss hat sich gestern Abend nach Schluß der Reichstags-Sitzung konstituiert. Von den Konserativen gehören ihm u. a. an: Die Abgeordneten von Graf, Graf Becktz und Reich, vom Zentrum die Herren Jährens, Gröber, Sigg, Spahn. Die sozialistische Volkspartei ist vertreten durch die Abgeordneten Hausmann, Kaller-König, Böhme, die sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft durch Haase und Ledebour. Der Vorsitzende des Ausschusses ist, wie bereits gemeldet wurde, Herr Scheidemann. Die erste Sitzung findet am Freitag Vormittag statt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu Rednern für den Ausschuss die Abgeordneten Schöppin, Darlington und Fischer bestellt.

Eine Rundgebung zur Frage der Kriegsziele.

Berlin, 3. Mai. (Von unferem Berliner Büro.) Eine Reihe von Verbänden, darunter der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Raiffeisenverband, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Alldeutsche Verband, die Christlich-soziale Konferenz und der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden veröffentlichten eine Rundgebung zur Frage der Kriegsziele, in der es u. a. heißt: Wir brauchen Entschuldigungen für die ungeheuren Opfer unseres Volkes, um unser wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben auch nach siegreichem Frieden wieder aufbauen und die Grundlage für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen unserer gefallenen Helden sicherstellen zu können. Es gilt unsere Grenzen besser zu schützen, unsere Segel zu stärken, unsere Industrie zu fördern und unsere Rüstung zur Verteidigung des Vaterlandes sicherzustellen. Wir brauchen Siedlungsland zur Kräftigung unseres Volkes und der Reproduktion von Nahrungsmitteln. Ein Frieden auf Berzicht jeder Forderung schafft unserem Volk keine Erleichterung seiner wirtschaftlichen Lage. Er verschärft vielmehr für lange Zeit die Ernährungschwierigkeiten, in denen wir heute leben. Nur ein Frieden, der uns die Möglichkeit bietet, mit unserer Macht-erweiterung auch die Sicherung von Lebensmitteln und Rohstofflieferungen zu fördern und durchzuführen, vermag dem deutschen Volk die wirtschaftliche Erleichterung zu bringen, die es unmittelbar nach dem Kriege braucht. Nur ein Frieden mit Entschädigung, mit Machtzuwachs und Landgewinn kann unserem Volk sein nationales Dasein, seine Stellung in der Welt und seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit dauernd sicherstellen. Den Weg zu diesem deutschen Frieden öffnet uns allein der deutsche Sieg. Der Kaiser und die Führer von Heer und Flotte verheißten ihn und verbürgen ihn uns. Es gilt ihnen zu vertrauen und durchzuhalten, bis der Sieg den deutschen Frieden erringt.

Ein erkundenes Gespräch Hindenburgs.

Berlin, 2. Mai. (M.B. Nichtamtlich.) Der „Tempo“ vom 20. April veröffentlicht ein angebliches Gespräch Hindenburgs mit einem Vertreter der „New York Tribune“ aus der Zeit vor dem Kriege, in welchem der Feldmarschall allerlei deutsche Weltbeherrschungspläne u. a. eine Annexion Hollands erörtert. Dieses Gespräch ist frei erfunden. Die Lüge ist diesmal besonders plump, da Hindenburg vor der Schlacht bei Tannenberg wohl schwerlich in den Gesichtskreis des amerikanischen Ausfragers getreten sein dürfte.

Englisch-französische Unstimmigkeiten.

Köln, 3. Mai. (Bris.-Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet von der französischen Grenze: Nach den Abmachungen der zwischen Frankreich und England schon vor dem Kriege getroffen waren, war über die Verteilung der beiderseitigen Seestrafstraßen und über die gegenseitige Hilfe zur See vereinbart worden, daß England, indem es seine Kräfte in der Nordsee zusammenzieht, auch die französische Küste und die Schifffahrt im Kanal sichere, während Frankreich seine Flotte im Mittelmeer patrouillieren lasse. Wie steht es aber nun mit dieser Hilfe Englands zur See, für die Sicherheit des Kanals und der französischen Küste? Die letzteren Vorstöße und Beschickungen, welche deutsche Torpedoboote gegen französische Häfen unternahmen — wir sehen ganz ab von dem Landboottkrieg — haben darauf eine Antwort erteilt, die die schon ernüchternde französische Gemüter unso sehr er getroffen haben, als man nur alszudeutsch bemerkt hat, daß die amtliche französische Mitteilung über die Folgen dieser Beschickung wiederum dem französischen Volk die Wahrheit vorenthält. So kann trotz ihrer Regierungstreue selbst die Humanität sich nicht enthalten, der Regierung folgendes zu Gemüte zu führen: Schon jetzt können wir sagen, daß die Büros der Admiralstabe der Marine niemals ernstlich die Möglichkeit einer Beschickung unserer Häfen an der Nordküste durch die feindliche Flotte ins Auge gefaßt haben. Die dreizehn weniger als in einem Monat von deutschen Torpedoboote auf die Häfen von Dünkirchen und Calais ausgeführten Vorstöße haben leider unsere Befürchtungen gerechtfertigt.

Es ist ärgerlich, daß solche Tatsachen sich ereignen können, es wäre ein Skandal, wenn das sich wiederholen könnte. Der Unwille der Humanität und des Volkes über diese Unglosigkeit dieser Nordküste ist begrifflich, aber er richtet sich im Grunde an die falsche Adresse, wenn er die eigene Admiralität dafür verantwortlich macht.

Der 1. Mai in Schweden ruhig verlaufen.

Köln, 3. Mai. (Bris.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Stockholm: Der erste Mai verließ in Schweden vollkommen ruhig. Nirgends kam es bei den großen Kundgebungen in der Hauptstadt oder Provinz zu Störungen der Ordnung. In Stockholm nahmen über 50000 Arbeiter an dem Unzug teil. Fahnen mit der Aufschrift „Frieden und Brot“ wurden umhergetragen. Verschiedene Redner feierten die russische Umwälzung

und den Siegeszug der Sozialdemokratie durch die ganze Welt. Die heutigen Blätter erkennen einstimmig die tadellose Haltung der Arbeiter an.

Zur Rede Mauras.

Berlin, 3. Mai. (Von unferem Berliner Büro.) Aus Madrid wird gemeldet: Von der großen Rede des früheren spanischen Ministerpräsidenten Mauras werden noch folgende Sätze bekannt: Es lägen diejenigen, welche behaupten, daß irgend ein Abkommen Spanien verpflichte sich an dem Krieg zu beteiligen, Spanien darf frei wählen. Es lägen ferner diejenigen, die behaupten, daß der Krieg der Entzweiung sich gegen den Willen Spaniens wende, denn Englands Willkürismus zur See ist drückender und ausgedehnter als jeder andere. Spanien wird nur zu dem Krieg greifen, wenn es angegriffen wird. Frankreich darf uns nicht schiel anblöcken. Denn durch unsere lokale Neutralität können wir uns an seiner Schuldfrage unbedacht fühlen. Einen Anstoß zu einem Bruch mit Deutschland gibt es nicht. Nur mit England ist unser Verhältnis verwickelt, indem Gibraltar ein Dorn in unserer Fleisch ist. Jedenfalls ist Spaniens Lage nicht so niedrig, daß wir uns zum Schlußwappen irgend einer Partei hergeben. Diese Rede wurde mit donnerndem Beifall und den Rufen „Bis zum letzten Mann“ begrüßt.

Die Leiden der französischen Kolonialtruppen.

Berlin, 2. Mai. (M. B.) Die schwarzen Franzosen, die der Marseillesche Hauptquartierleiter leiten sollen, hatten die letzte Bitterung der letzten Zeit erdulden müssen und waren eingeebnet. Gelangene vom weiten Kolonialtruppen (sogar daß die von so geübte Stofkraft der Senegalesen nicht zur Verfügung gekommen ist, obgleich sie sehr tüchtig angriffen). General-Battalione wurden zwar ein Jahr vor dem Angriff aus Frankreich an die Front abgezogen. Krugden hatte eine kleine Kompanie 30 Mann Abzug wegen erkrankter Soldaten. Das die Gelangene des ersten Kolonialtruppen bestanden, daß die Senegalesen schwere Einbußen infolge erkrankter Soldaten und Gefangenen erlitten hatten. Gelangene vom 2. Kolonialtruppen aus der Marseillesche bestanden die schon mehrfach verbelebte Lohse, daß die Einbußen von Algerien sich mit Gelangene der Einlieferung in das französische Meer überließen. Einer der Gelangenen, ein Arbeiter aus Algerien, der im Januar auf Urlaub in Algerien war, erzählt, daß die Kolonialtruppen während seines Aufenthaltes in Konstantine und Tunis eine rechtlichen Schicksalsänderung führten und sich beiderseits von Konditionen und Bedingungen dazwischen wählten, in die französische Armee eingezogen zu werden. Der Gelangene sah zahlreiche

Die Rückfahrt der niederländischen Schiffe aus England.

Haag, 2. Mai. (M.B. Nichtamtlich.) Die Niederländische Regierung meldet, daß von zwanzig niederländischen Schiffen in England, die von der durch Deutschland zugelassenen sicheren Fahrt nach Holland Gebrauch machen konnten, fünfzehn in Holland angekommen sind; fünf fehlen noch. Die übrigen vermuthlich noch in England. Es ist nicht bekannt, wann sie in Holland erwartet werden können.

Deutscher Reichstag.

(Von unferem Berliner Büro.)

Die Vollversammlung des Reichstages hatte gestern Arbeit wieder aufgenommen. Vor 8 Tagen war es ja eigentlich nur ein Zusammenkommen gewesen, um die Tagesordnung der nächsten Arbeitssitzung festzustellen. Die eigentliche Arbeit begann erst gestern und so war es ganz natürlich, daß Präsident Kämpf die Antwort, die von Kämpf wegen Herrn Wilson zu geben war, erst gestern gab. Der Kampf hat in diesen 3 Jahren mehr als einmal für die Angelegenheiten, die uns alle erfüllen, den rechten und würdevollen Ausdruck gefunden. Noch nie aber war es so glücklich, als in eindrucksvoller und man darf getrost sagen — obdient — des Redners sonstiger Art im Grunde nicht Mühe — herabwendend wie gestern, Herr Wilson hatte in der Sitzung vom 2. April ausdrücklich das deutsche Volk apostrophiert. Es war darum durchaus geboten, daß ihm von Volkes wegen auch die gebührende Antwort wurde: die nämlich, daß das deutsche Volk seine willensvolle Himmelerbe ist, die von Kämpf ten und Handlangern zu irgend welchem ehrgeizigen Ziele in Kampf und Tod getrieben wird, vielmehr, daß die deutsche Volk am 2. August 1914 sich wie ein Mann erhoben hat, um den Einkreisungsgürtel der Feinde zu zerreißen und in diesem Verteidigungskrieg nach heute verharren, drinnen wie daheim zu jedem Opfer entschlossen ist, um sich die Freiheit seiner Geschichte zu bewahren, in sie von Fremden sich hineinreden zu lassen es heute genau so ablehnt, wie es zuvor.

Nachdem der starke und anhaltende Beifall, den die manhaften Worte des Präsidenten gewährt hatte, verstanden war, wandte man sich wieder der vor Oftern abgebrochenen Erörterung zu. Zunächst drehte sich die Ausprache um den Haushalt des Reichsschatzamt. Dam wurde des besten menden Kleingeld mangels gedacht und was mit dem ein paar Tagen hier schon andeuten konnten, ward von der Regierungsbank beauftragt: Man plant in der Tat, um die Kleingeldhamstern ihr unauferes Handwerk zu legen, die umlaufenden Münzen außer Kurs zu setzen. Die Ausprache hatte noch den Erfolg, daß Graf Roeder von der Anregung des nationalliberalen Abgeordneten Reimann erklärte, im Reichsschatzamt würde ein Verbot der Ausgabe des Warenzeichens empfangen. Hinfüher kam die allgemeine Pensionsfonds an die Reihe, bei dem die nationalliberale Abgeordnete Meyer herford mit lebhaftem Wärme für die Schaffung einer Reichsstelle für Kriegsbeschädigte eintrat. Heute wird der Postetat beraten.

Auf sogenannte große Tage wird man in dieser Woche schwerlich mehr zu rechnen haben, wie wir denn überhaupt nicht glauben möchten, daß es in dem Rest der Sitzung noch zu lebhaften parlamentarischen Kämpfen kommen wird. Nach den Auseinandersetzungen in der Presse möchte man das ja immerhin annehmen, wenn in den Parlamenten laufen die Dinge zumeist anders, man sich denkt. Die Stimmung der Vorwoche überwiegt scheint verrückt und wenn der Reichstag wirklich, wie wir letztenausch gestern beschlossen hat, schon am 18. aneinandergehen will, wird er mit der Zeit gehen, um nur das Notwendigste zu erledigen.

Sitzungsbericht.

Berlin, 3. Mai.
 Vom Bundespräsident Reichstagssekretär Graf Roeder.
 Staatssekretär des Reichsschatzamt Reich.
 Nach der Eröffnungssitzung des Reichstages Dr. Roeder, welche wir bereits im geistigen Abendblatt veröffentlicht haben, wurde in der Tagesordnung fortgesetzt. Zur Beratung keine Staats.

Etat des Reichsschatzamt.
 Auf eine Anfrage des Reichstages Dr. Roeder erklärte Ministerialdirektor Schröder, daß Eintragungen beson- derer gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um der Kammer keinen Geldhaushalt vorzugeben. Die fünf- und zehnjährigen Einträge seien um 99 Prozent vermindert worden.

Abg. Stücken (Wz):
 Ich glaube nicht, daß die Kammer davon schuld ist, daß will des Reichsschatzamt Sparmaßnahme, damit kann es dem Budget der Soldaten an. Das steht nicht im Einklang

der Knechtung und dem Dank, den der Hauptausführer den Soldaten ausgesprochen hat. Man hätte vielmehr für das Soldaten- und Munitionsbefehlshaberamt ein lehrreiches Geschäftshaus und nicht das leere Cumberland-Fotel mieten sollen.

Abg. Schneider (H. Sp.) fordert, daß der Warenumschlagstempel nicht auf die Kanter abgemildert wird.

Staatssekretär des Reichsschatzamt Graf Reubert: Dem Wunsch, die Auslösung des Warenumschlagstempels zu verhindern, wird entsprochen werden. Die Angelegenheit des Hotel Cumberland ist nicht zu vergleichen mit der Angelegenheit des Hauses in der Bismarckstraße. Hier liegt ein Bedürfnis des Krieges vor. Die Angelegenheit fällt dem Reichsschatzamt nicht zur Last.

Abg. Reinald (natl.): Die Erörterungen des Reichsschatzamt werden ihm den Dank des ganzen Handels eintragen, doch liegen Willkür an Menschen unbedenklich da, wegen des Warenumschlagstempels. Viele Bedenken machen sich zu Recht geltend, da es ebenfalls den Warenumschlagstempel den Geschäften nicht zur Verfügung stellen.

Abg. Reubert (D. Fr.) öffentlich folgt dem Wort bald die nat. schärfere Forderung bedarf das Geseh doch wohl nicht. In fallen Zweieinhalb-Francig-Künzen geprägt werden, bezogen falls in Interesse der Industrie, die das Silber bezieht, die Ausprägung von Halbmark-Stücken möglichst eingeschränkt werden und dafür Kupfergeld ausgegeben werden.

Abg. Zimmermann (natl.): Fünftausend-Papiergeld wäre in Ordnung, aber die Ausprägung von Zweieinhalb-Francig-Stücken. Dieser Bedarf kann durch Eisenmarken gedeckt werden. Außer Kurs sollten unsere jetzigen Darlehensscheine nicht gestellt werden. Die Doppelprägung ist abgelehnt. Unsere Reichsbank ist das schärfste Institut, unser Geldverkehr hat sich glänzend behauptet.

Abg. Schiele (konf.): Auch wir hoffen, daß der jetzige Reichsschatzamt auf eine günstige Kriegsende hinwirken können. Wegen des Warenumschlagstempels sind gesetzliche Maßnahmen notwendig. Die jetzigen Verhältnisse sind ungenügend.

Abg. Stäffen (Soz.): eine klare Antwort auf meine Frage hat der Reichsschatzamt nicht gegeben. Er soll am nächsten Tage kommen.

Staatssekretär Graf Reubert:

Eine materielle Antwort zu geben, bin ich gerne bereit, da wo es gehen werden kann. Hier ist es nicht möglich. Auch auf die Soldatenentlohnung kann ich jetzt nicht eingehen, sonst könnte man beim Etat des Reichsschatzamt den ganzen Etat kaputt machen. Auch wenn es technisch möglich wäre, die Ausprägung des Warenumschlagstempels zu verhindern, so wäre doch immer noch eine Reform der Münzprägung nötig; zur Bekämpfung des Antrags haben wir keinen Anlaß. Wir besprechen uns aber seinen Vorteil davon. Man muß es eben überhaupt vermeiden, solche Steuern zu schaffen.

Noch weiteren Bemerkungen des Abg. Zimmermann (natl.) schließt die Aussprache.

Der Etat wird bewilligt.

Der Etat des Rechnungshofes wird bewilligt.

Es folgt der Etat des Allgemeinen Pensionsfonds.

Abg. Meyer-Herford (natl.)

bestimmter einen Antrag zu der vom Bundesrat beschlossenen Resolution, wonach bis zur Abänderung des Militärrentenverordnungsbuches die Zulage der Militärrentenrenten für die Angehörigen der Mannschaften gewährt werden sollen, einen Zusatz einzufügen, durch den auch den Militärrenten erwerbsunfähigen oder im Erwerb fast beschwerenden Kriegswunden Mannschaften Zulage gewährt werden. Es sollte überhaupt eine Kriegswundenrenten geschaffen werden unter Mithilfe von Regierung und Reichsbank, auch wegen des nicht rein militärischen Charakters. Dange Überlegungen seien dafür wohl nicht nötig. Die Entschädigung der Kriegswunden und Waisen muß möglichst weitestgehend und den gegenwärtigen Vermögensverhältnissen angepaßt werden. Auch eine Berücksichtigung des Besonderen wäre zu erwägen.

General Vangermann von Orlentamp:

Die Militärrenten werden immer mehr in soziale Renten geteilt. (Brauch) Den Wünschen des Reichstags in der Dinterich-Kommission wird in dem kommenden Gesetz Rechnung getragen werden.

Abg. Koch (Soz.):

Die Fürsorge für unsere Kriegswunden und Hinterbliebenen der Wehrlosen ist eine ganz selbstverständliche Pflicht. Es ist der vorläufigen Regelung der Fürsorge sollen alsbald gesetzliche Maßnahmen getroffen werden. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind unzulänglich. Wir sprechen mit Recht unsere Kriegern den Dank aus, die sie für uns, da dürfen die Kriegswunden und die Hinterbliebenen der Wehrlosen nicht vergessen. Den Beistand muß ein Recht auf die Renten erhalten bleiben; sie dürfen nicht auf Gnaden-Hilfsleistungen angewiesen sein.

General Vangermann von Orlentamp:

Die Vorbereitungen für die gesetzliche Regelung der Fürsorge sind nicht abgeschlossen. Das Ergebnis wird aber den Reichstag interessieren. Ich bedauere, daß mir die Mittel nicht zur Verfügung stehen, um unsere Kriegswunden und Waisen vor jeder Not zu schützen. Wir stehen die etatsmäßigen Mittel zur Verfügung, auch von den von Wohlhabenden freiwillig herbeigeführten Mitteln Fonds.

Abg. Jizovic (H. Sp.):

Die Kriegsfürsorge wird vom Kriegsministerium losgelöst und sozial-administrativ.

Abg. von Winterfeldt (Konf.):

Ob der vornehmlichen Art der Behandlung aller Militärrentenrenten besteht kein Zweifel. Eine Zentralisierung aller Fürsorgearbeiten, auch der nationalen Stiftungen, wäre dringend zu wünschen.

Abg. Berner-Herfeld (Deutsche Fr.):

Die Regierung sollte durch den Reichstag gezwungen werden, sich einmal der Militärrenten anzunehmen.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird bewilligt und die verordnete Restriktion angewendet.

Es folgt der Etat der Post- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Meyer-Herford empfiehlt die unbedingte Annahme des Etats.

Demnach tritt Verlesung ein.

Die Sitzung Donnerstags 1 Uhr. (Schlußbericht für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, außerdem Fortsetzung des Vortrags, Reichsbank und Militärrenten.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

zehen mußten erst, wie schon gemeldet, vor einigen Tagen erneut um 10 Prozent herabgesetzt werden. Dazu kam, daß auch die sonstigen Unkosten der Zechen durch steigende Materialpreise und Verfrachtungsaufwände zweifellos in letzter Zeit sich weiter erheblich erhöht hatten und daß man in der Preisfrage gegenüber dem Ruhrkohlenbergbau nicht mehr auf dem streng abgemessenen Standpunkte beharren konnte, nachdem im Niederlausitzer Revier und verschiedenen Braunkohlenabgabengebieten Preisrückläufe genehmigt worden waren. Den letzten Anstoß gaben dann die verschiedenen Vierteljahrsabschlüsse der Zechen gegeben haben, die mit wenigen Ausnahmen einen Ausbeuterückgang und ganz erhebliche Verringerungen der Betriebsüberschüsse auswiesen. Die jetzige Preisrückbildung bewegt sich für Kohlen und für Koks in den gleichen Grenzen wie die am 1. Januar in Kraft getretene, während für Briquets damals eine Erhöhung um 3,25 M. gegen jetzt 2,50 M. vorgenommen wurde. Auch einschließlich der jetzigen Preisrückbildung bleiben die Kohlenpreisrückläufe des hiesigen Bergbaues immer noch sehr beträchtlich hinter den Steigerungen zurück, die die Kohlenpreise unserer Gegner einschließlich des kohlereichen Englands selbst im Kriege erfahren haben. Für die Verbraucher ist dies jedoch ein magerer Trost, umso mehr, als mit der Preisrückbildung für die Brennstoffe sehr wahrscheinlich wieder der Anstoß zu einer allgemeinen Preisrückbildung für die industriellen Produkte gegeben sein dürfte. Es wird Sache der Regierung sein, die aus der Kohlenpreisrückbildung begründeten Preiswünsche der Industrie auf ein erträgliches Maß zu beschränken, zumal ja bei den meisten Großkohlverbrauchern nach den letzten Abschlüssen noch Verdienstmöglichkeiten vorliegen, die die bisherigen Verdienstmöglichkeiten der Zechen zum Teil erheblich übersteigen.

Höchstpreise-Verzeichnis.

Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat ein Verzeichnis derjenigen Gegenstände, für welche Preisbindungen irgendwelcher Art, insbesondere Höchstpreise im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht worden sind, herausgegeben. Das Verzeichnis führt 775 Waren an, für die Preisbindungen vorgeschrieben sind. Die Liste liegt auf dem Büro der Handelskammer für Interessenten zur Einsichtnahme auf und kann auch im Buchhandel (Kommissionsverlag von Georg Nauck (Fritz Rühle), Berlin SW 63, Charlottenstraße 74/75) bezogen werden. (Mitgeteilt von der Handelskammer für den Kreis Mannheim.)

Erhöhung des Zündwarenkontingents.

Der Bundesrat hat beschlossen, für das Betriebsjahr 1916/17 die ohne Steuerzuschlag herstellbaren Zündwarenmengen auf 60 Prozent der Volkkontingente zu erhöhen. Für das Betriebsjahr 1915/16 hatte die Zwangskontingentsquote 50 Prozent der staatlichen Lieferungsberechtigung betragen.

Erhöhung der Umschlagsätze in den Zechenbänken.

Der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats hat kürzlich, wie die „Köln. Volkszeitung“ berichtet, die Vertreter der „Kanal-Zechen“ zu einer Versammlung geladen, um über die von mehreren Mitgliedern des Syndikats als notwendig bezeichnete Erhöhung der Halton-Umschlagsätze zu verhandeln. Diese Beträge bisher für die Tonne Kohlen 70 Pfg. und für die Tonne Koks 80 Pfg. Die Notwendigkeit ihres Hinufsetzens begründete man damit, daß der Umschlag in den Kanalläufen bedeutend kostspieliger geworden sei. Daher schlug man eine Erhöhung um 50 v. H. vor, also Steigerung der Sätze von 70 und 80 Pfg. auf 1,05 M. und 1,20 M. die Tonne. Der Vorstand des Syndikats vertrat jedoch den Standpunkt, daß die für den Kanal geltenden Sätze beibehalten werden müßten, weil der Minister der öffentlichen Arbeiten einer vom Rheinischen-Beirat zum 1. April d. J. vorgeschlagenen Erhöhung der Haltegebühren, Ufer- bzw. Werlgebühren und Kippgebühren seine Zustimmung versagt habe, die Kanalläufen aber mit den Rheinischen weitverbreitet bleiben müßten. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß man seinerzeit zur Festlegung von 70 Pfg. für die Tonne Kohlen gekommen sei, indem man von den für die Beförderung einer Tonne ab Zeche bis ins Schiff im Ruhrorter Hafen geltenden 1,40 Mark ausging. Man habe damals mindestens einen kleinen Anreiz zur Wahl der Verladung über den Kanal geben wollen. Da der Ruhrorter Satz unverändert geblieben sei, fehle die Handhabe, dem vorliegenden Antrage stattzugeben. Außerdem würde Erhöhung der Frachten in den Kanalläufen die Eisenbahnverwaltung herausfordern, ebenfalls die Haltefrachten zu erhöhen. Wenn die Zechen gleichwohl glaubten, von einer Erhöhung nicht ganz absehen zu können, so dürfe diese sich nur auf denjenigen Teil des Satzes von 70 Pfg. erstrecken, der die eigentlichen Haltonumschlagskosten begreife. Diesen Teil veranschlagte man auf höchstens 20 Pfg. Durch Abstimmen entschied sich schließlich die Mehrheit der Versammlung für Hinufsetzen des Kanalsumschlagsatzes bei Kohlen auf 80 Pfg. und bei Koks auf 95 Pfg. die Tonne. Diese Erhöhung soll jedoch nur als Kriegszuschlag angesehen werden und vom 1. April d. J. an bis auf weiteres gelten. Eine Zustimmung der Versammlung der Zechenbesitzer wurde nicht für nötig gehalten. Der Umschlagsatz für die Rheinzechen soll entsprechend von 1,15 auf 1,25 M. die Tonne erhöht werden.

Die Waffenfabrik Mauser A.-G. in Oberndorf (Neckar).

deren 10 Mill. Mark Aktienkapital sich im Besitz der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken befindet, verteilt nach 808.624 M. (i. V. 438.069 M.) Abschlüssen aus 2.457.107 M. (1.829.886 M.) Reingewinn wieder zu Prozent Dividende mit 2 (1,20) Mill. Mark auf das diesmal voll dividendenberechtigte Kapital. Vorgezogen werden 160.907 M. (133.122 M.). Gegenüber 4,85 (3,84) Mill. M. Kreditoren erscheinen 4,14 (3,15) Mill. M. Vorräte und stark vermehrte Debitoren von 3,21 (12,00) Mill. M. Effekten sind von 104.294 M. auf 2,26 Mill. M. erhöht. Grundstücke und Gebäude figurieren höher mit 7,40 (3) Mill. M.

Kölnische Unfall-Versicherungs-A.-G. in Köln.

Nach dem Geschäftsbericht über das Jahr 1916 betrug die Prämienaufnahme in der Unfall- und Haftpflichtversicherung 3.859.260 M. (im Jahr 1915: 3.540.430 M.), in der Sachversicherung 896.980 M. (812.934 M.), in der Feuer- und Lebensversicherung 1.890.187 M. (2.504.389 M.). Die allen Versicherungsweigen haben somit, trotz ungünstiger Einwirkung der Zeitverhältnisse, Prämien-Erhöhung um 993.882 M. zu verzeichnen. Der Rückgang der Prämien in der Feuer- und Lebensversicherung ist darauf zurückzuführen, daß das Rechnungsjahr auf den 1. Oktober geschlossen werden mußte, sodaß diese Abrechnung nur die ersten drei Viertel des Jahres 1916 umfaßt. Der Bestand an Wertpapieren enthielt am 31. Dezember 1916 8.084.906 M. und hat sich um 1.138.400 M. verringert; abzuschreiben waren 983.400 M. (9), wozu die Sonderdividende für Wertpapierpreis- und anderweitige Verluste mit 830.123 M. herangezogen wurde. Die restlichen 1.533.307 M. wurden durch das laufende Geschäft gedeckt. Der Bestand an erzielten Hypotheken ist von 9.222.000 M. auf 9.797.000 M. zurückgegangen. Zinsen und Miete brachten 937.580 M. (1.029.125 M.). Dagegen waren an Zinsen an die Rückversicherer, an die Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenkasse und an sonstigen Zinsen Mark 46.151 (147.021 M.) zu zahlen, ferner an Entschädigungen, Schaden-

auskosten, nach Abzug der Anteile der Rückversicherer, 2.504.455 Mark (2.724.444 M.). Für noch nicht erledigte Schäden sind Mark 3.247.133 (4.404.394 M.) zurückgestellt. Die Rentenzurücklage beträgt 985.058 M. (853.516 M.).

Einschließlich des Gewinnvortrags von 137.557 M. (146.983 Mark) bleibt ein Reingewinn von 1.083.775 M. (1.748.464 M.), welche wie folgt verteilt werden sollen: wieder 60 Prozent (wie im Vorjahr, davor viermal 75 Prozent) Dividende gleich Mark 1.125.000 (wie im Vorjahr), zur „Spezialreserve für Kurs- und anderweitige eventuelle Verluste“ 150.000 M. (250.000 Mark), zur Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenkasse 20.000 M. (wie i. V.), als Gewinnanteile 182.170 M. (175.997 M.), für Belohnungen und Unterabfertigungen an Beamte 60.000 M. (40.000 M.) und 140.604 M. zum Vortrag auf neue Rechnung.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. in Berlin.

Berlin, 2. Mai. Heute fand hier die ordentliche Hauptversammlung unter dem Vorsitz des Gehl. Kommerzienrats Eduard Arnold (Berlin) statt. In ihr waren 4926000 Mark Aktien vertreten. Ein Aktionär gab der Verwaltung die Anregung, Ermäßigung der Vergütungen des Aufsichtsrats in Betracht zu ziehen. Ein weiterer Aktionär sprach die Erwartung aus, daß die Verwaltung bemüht sein werde, im väterländischen Interesse für möglichstste Steigerung der Erzeugung zu sorgen. Dazu gehöre allerdings vor allem ein günstiges Einvernehmen zwischen Verwaltung und Angestellten. Zweifelsfrei sei, ob sie diesen Grundätzen stets ausreichend Rechnung getragen habe; dem nicht überall seien Teuerungszulagen gewährt worden. Namentlich die Verhältnisse im Kölner Werk hätten in dieser Hinsicht zu Klagen Veranlassung gegeben.

Der Vorsitzende erwiderte, daß bei der Gesellschaft stets ein erfreuliches Einvernehmen zwischen Verwaltung und Angestellten bestanden habe. Diesem Umstand verdanke die Unternehmung nicht zum mindesten die gedeihliche Entwicklung. Berechtigten Wünschen der Arbeiter und Angestellten werde stets Rechnung getragen. Nach dem Verkauf der Lohlgut-Gesellschaft sei der gute geistliche Stand der Gesellschaft wieder hergestellt.

Sodann wurde der Jahresabschluss einstimmig genehmigt; die Dividende auf 10 Prozent (im Vorjahr 8 Prozent) festgesetzt und der Verwaltung einstimmig Endzustand erteilt. Die im regelmäßigen Wechsel aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder, nämlich der Vorsitzende, Erster Gehl. Kommerzienrat Dr. Louis Hagen (Köln), Dr. Max Ortelhäuser (Berlin) und Gehl. Kommerzienrat H. Roth (Dessau) hat die Versammlung wiedergewählt.

Letzte Handelsnachrichten.

Berlin, 2. Mai. (WTB.) Zwischen der am 26. vor. Mit. errichteten Polnischen Landesdarlehenskasse in Warschau und der Reichsbank sind Abmachungen wegen eines gegenseitigen Giro- und Auszahlungungsverkehrs getroffen worden. Hiernach werden von jetzt ab bei sämtlichen Reichsbankstellen Zahlungen zur Ueberweisung und Anzahlung in Warschau entgegengenommen. Die in Deutschland in Reichsmark eingezahlten Beträge werden in Warschau in gleicher Höhe in Polnischer Mark gutgeschrieben oder ausgezahlt. Die für die Ausführung solcher Aufträge zu zahlende Gebühr beträgt 1/10 pro Tausend bei Beträgen bis zu 400.000 M. einschließlich, mindestens 1 M.; bei Beträgen über 400.000 M. ermäßigt sich die Gebühr für den diese Summe übersteigenden Betrag auf 1/20 pro Tausend.

Obernain, Donau-Main-Kanal, Donau.

Während der Wasserzeit des Obernains anfangs heutiger Berichtswocher noch sehr günstig für die Schifffahrt war (am 23. April hatte Bamberg 168 Zentimeter und Würzburg 197 Zentimeter), wurde derselbe sichtlich niedriger. Der Pegel in Bamberg zeigte am 28. April nur noch 122 Zentimeter. Die größeren Mainschiffe konnten bei diesem Wasserstand nicht mehr von Bamberg abfahren. Ein weiterer Wasserrückgang wird jedoch vorläufig nicht zu erwarten sein, da an den beiden letzten Tagen der Berichtswocher starke Niederschläge eingetreten waren. Der lokale Güterverkehr hat noch angehalten; am ganzen Obernain ist hoher Betrieb auch diesmal zu verzeichnen. Beständig kann man beladene Schiffe, berg- und talwärts auf der Fahrt, am Obernain beobachten.

Mainaufwärts brachten die Schiffe hauptsächlich Kohlen und Koks und unaußwärts kamen Breter und Getreide in großen Mengen zur Verladung nach dem Rhein. Sehr stark war der Verkehr in Würzburg. Für die vielen Schiffe, welche gleichzeitig am Ausladen bzw. Einladen waren, konnte der Staathafen nicht mehr genügen und wird deshalb auch der Flodhafen zum Beladen der Schiffe benutzt. Ueber 40 Schiffe waren an manchen Tagen in den Würzburger Häfen, was in früheren Zeiten niemals zu beobachten war. Während dieser Berichtswocher waren 14 Schiffe nach Würzburg gekommen und 21 waren abgefahren. Auch an den anderen Mainplätzen Aschaffenburg, Kitzingen, Miltenberg und Schweinfurt war starker Verkehr als früher wahrzunehmen. In Bamberg war der Umschlag von rumänischem Weizen aus Eisenbahnwagen in Schiffe ganz besonders groß. Viele große Schiffe, mit Weizen beladen, sind von Bamberg nach dem Rhein abgefahren, außerdem noch Schiffe mit Papierholz, Grubenholz und Bretern. Auch nach Bamberg brachten fast alle Schiffe Kohlen und Koks, welche Ladungen direkt auf Waggons kamen, um weiterbefördert zu werden. Einige Schiffe hatten Meil angebracht, das in Kanalschiffe überladen wurde. Im allgemeinen hat jedoch der Verkehr auf dem Donau-Main-Kanal schon wieder nachgelassen. Es scheint, daß die Behörden der Schifffahrt auf dem Kanal nicht die Berücksichtigung suchten, wie solche den übrigen Wasserräumen gewidmet wird. Für die Strecke Bamberg bis Regensburg müßte doch ebenfalls die Eisenbahn einseitig werden. Auf der Strecke Bamberg-Nürnberg kann man wohl hin und wieder Kanalschiffe sehen, doch zwischen Nürnberg-Regensburg ruht die Kanalschifffahrt scheinbar vollständig.

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 2. Mai. (Amtliche Notierungen.) Bergfahrt: Frachtsätze: nach Mainz-Gustavsburg 2.- M., nach Mainplätzen bis Frankfurt a. M. 2,15 M., nach Mannheim 2.- M., nach Karlsruhe 2,15 M., nach Lauterburg 2,25 M., nach Straßburg i. Els. 2,50 M.; Schlepplöhne: nach St. Omer 1,10 M., nach Mainz-Gustavsburg 1,60-1,80 M., nach Mannheim 1,80 bis 2.- M. Talfrachten für Kohlenladungen: nach Zeeland (Holland) für kleine Schiffe niedrigster Preis 7,90 M. pro Tonne. (100 U. = 265.- M.)

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Mai.

Table with columns: Pegelstation von, Datum, and Bemerkungen. Rows include Hünigsen, Kehl, Mainz, Regensburg, etc.

Handel und Industrie.

Höchstpreise für Brennstoffe.

Zur bereits gemeldeten Preisrückbildung für Brennstoffe schreibt die „Rhein-Westf. Ztg.“: In letzter Stunde hat sich der Handelsminister also doch dem Drängen der Zechenbesitzer auf eine Preisrückbildung nicht mehr verschließen können. Man konnte ein Nachgeben der Regierung in der Preisfrage bereits in den letzten Tagen erwarten, trotzdem der Herr Minister bis dahin einen durchaus ablehnenden Standpunkt vertreten hatte. Den Anschlag für die veränderte Stellungnahme dürfte bei der Regierung einmal der letzte Lohnschwund für Bergarbeiter gegeben haben, auf den wir ja auch hier nicht entgangen sind und der ganz erhebliche weitere Steigerungen aller Löhne aufwies; weiter hat der Fiskus an eigenen Beuteln erfahren, daß die steigende Tendenz der Löhne noch keine Einschränkung erfahren hat, denn die Löhne in den staatlichen Schar-

Ueber künstlichen Süßstoff.

(Mitteilung aus dem hiesigen Untersuchungsamt Mannheim.)

Von verschiedenen Seiten wird fast täglich das hiesige Untersuchungsamt um Auskunft angegangen, ob die ständige Verweigerung des künstlichen Süßstoffes Gefährdungsbedeutungen mit sich bringt. Eine solche Befürchtung ist anscheinend in der Bevölkerung ziemlich verbreitet, wie wir aus der Tatsache entnehmen, daß auch in der Bürgerausschuss-Sitzung vom 27. März ds. J. diese Frage angesprochen worden ist. Wenn auch in dieser Sitzung beruhigende Erklärungen über die Verwendung des Süßstoffes beim gesundheitlichen Standpunkte aus gegeben werden konnten, so wollen wir doch durch nachfolgende Ausführungen die nicht gerechtfertigten Bedenken ganz zu zerstreuen suchen.

Der als Zuckerersatz dienende künstliche Süßstoff „Saccharin“ ist ein Produkt der chemischen Technik, das im Jahre 1879 erstmalig von Fahlberg aus einem Zinkchloridzucker, dem Toluidin, hergestellt wurde und das Benzoesäurealkalium des Chemikers vorstellt. Saccharin (der Name ist von der lateinischen Bezeichnung für Zucker — Saccharum — abgeleitet) ist etwa 300 mal so süß wie Zucker, besitzt jedoch absolut keinen Nährwert und hat als Zusatz zu Nahrungsmitteln und Genussmitteln eine die Bedeutung wie die Zuckerstoffe. Saccharin ist nach den Eigenschaften umfangreicher, jahrelanger Versuche völlig ungiftig und unschädlich; es wird vom menschlichen Körper unverändert ausgeschieden.

Dieser Süßstoff war bald nach seiner Entdeckung derart beliebt geworden, daß eine eifrige Konkurrenz dieses Mittels gegenüber unserer deutschen Nahrungsmittelindustrie beabsichtigt wurde. Aus diesem Grunde, also zum Schutz der Zuckerindustrie, hat der Staat besondere Süßstoffsteuern in den Jahren 1899 und 1902 erlassen. Diese Steuern verließen unter Süßstoff alle auf künstlichem Wege gewonnenen Stoffe, welche als Süßmittel dienen können und eine höhere Süßkraft als raffinierter Roh- oder Rübensaccharose, aber nicht entsprechenden Nährwert besitzen; sie bezwecken, abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die Vereinfachung des Süßstoffes und seine Vermischung zu Nahrungs- oder Genussmitteln, ferner die Einfuhr von Süßstoff oder süßstoffhaltigen Nahrungs- und Genussmitteln aus dem Auslande, endlich den Verkauf von Süßstoff. Nur Apotheken dürfen Süßstoff unter besonderen Vorbedingungen abgeben.

Dieses Verbot trug in der Bevölkerung zu der irrigen Meinung bei, daß der dauernde Genuß des Süßstoffes gesundheitsschädlich sein könnte, weil man längst die Erinnerung verloren hat, daß lediglich rein wirtschaftliche Rücksichten zu dem Verbot geführt haben. Daß die Süßstoffe nicht gesundheitsschädlich sind, das wußte man schon im Jahre 1898, als das Süßstoffgesetz erlassen wurde, ganz genau. Es lag nahe, bei dem Zuckerangel während des Krieges einen Süßstoff durch Abänderung des Süßstoffgesetzes einzuführen, während andere Süßstoffe, z. B. das Dulcin und Glycin, noch unter dem Verbot des Süßstoffgesetzes, das als solches nicht aufgehoben worden ist, fallen.

Bemerkenswert ist für die Hausfrau beim Gebrauch von Saccharin, daß es im Gegensatz zu einer konzentrierten Zuckerlösung keine fermentierende Wirkung auf die Speisen ausübt. Man kann also eingemachte Früchte oder Obstsalze mit Saccharin nicht verderben lassen. Es empfiehlt sich deshalb, bereiteten Konfitüren durch Sterilisieren oder ähnliche Konservierungsmethoden vor dem Verderben zu schützen und sie erst kurz vor dem Genuß mit Saccharin zu süßen. Süßstoffhaltige Zubereitungen dürfen nicht gelagert werden, da durch das Kochen oder Baden das Saccharin eine chemische Umwandlung in einen anderen giftigen Körper, der nicht mehr süß ist, erfährt und infolgedessen seine Wirksamkeit als Süßstoff ganz einbüßt. Der durch die Umwandlung entstehende Körper, wissenschaftlich als saures orthoalkylbenzoesäures Ammoniak bezeichnet, ist, das sei besonders hervorgehoben, fast seinerseits völlig unschädlich. Der einzige Nachteil des Saccharins ist demnach nur der durch die Umwandlung bedingte Verlust der Süßkraft. Man hüte sich endlich, von dem

Süßstoff allzuviel zuzusetzen und halte sich genau an die Anweisungen auf den Packungen, da sonst die Speisen übermäßig süß werden. Im Handel kommen zur Zeit 2 bezügl. ihrer Süßkraft verschiedene Sorten „Saccharin“ vor, nämlich der Kristallsüßstoff mit etwa 300facher Süßkraft und der Tabletten-Süßstoff mit 110facher Süßkraft. Während der erbsenartige Kristallsüßstoff eines Saccharins ist, wird dem letztgenannten Tabletten-Süßstoff ein anderes unschädliches Pulver zugesetzt, um handliche Tabletten formen zu können. Durch diese Zumischung wird die Süßkraft der Tablette geringer. Der Süßstoff leistet während des Krieges wertvolle Dienste zum Süßen von Speisen und Getränken, die wir von Kriegseigenen her mit Jüder zu versehen gewohnt sind.

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer I. Sitzung vom 1. Mai. Vorsitz: Landgerichtsdirektor Dr. W. Müller.

Zwei jugendliche Mädchen aus Weiskirchen, der Schuhmacherehefrau Georg Blech, der Arbeiter Friedrich Schott, der Postling August Hattenstein und der Arbeiter Joh. K. Mann, haben in der Nacht vom 20. zum 21. Oktober v. J. in Weiskirchen eine Verkaufsstelle erbrochen und daraus 3 K. von Louis Niggen und Niggen, Händlerin, Schokolade, Pfefferminzblätterchen usw. im Gesamtwerte von 207 K. gestohlen. Ferner erbrachen sie nachts mehrere Obstbäume und erbeuteten 11 Kisten im Werte von 125 K. Die beiden Mädchen wurden zu einem Arbeitskommando nach einer Strafe amordnen, bei dem sie einen Tagewerkdienst von 5 K. hatten. Bei ihrer Rückkehr wurden sie dann verhaftet. Blech und Schott wurden zu 6 Monaten Gefängnis, Hattenstein einjährig zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten, die ihm im Januar verurteilt wurde, zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre, Mann zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt. Den Rechtsanwältin, als den Jüngling, hatte H. N. Dr. Eder verteidigt.

Der Tagelöhner Daniel K. aus Weiskirchen wurde anfangs Februar von einem Vordemsel der Holzhandlung Stöck u. Müller verhaftet, als er Kohlen aus einem Lager fortstahlte. Wegen seiner zahlreichen Vorstrafen gibt er 2 Monate Gefängnis.

Stegen Verbrechen gegen das Postgesetz hatte das Ehepaar Gerold Schwabens aus Weiskirchen verurteilt. Sie hatten im Oktober 1916 in Weiskirchen von 200 K. verurteilt. Stöck hatte aus dem Postamt in Weiskirchen einen Brief von 100 K. entwendet. Stöck wurde zu einem Monat, der für Weiskirchen verurteilt, was seine Rede. Er verkaufte die Briefe um 1007 K. an eine Frau Gerold in Weiskirchen. Seine Verurteilung hatte heute den Erfolg, daß bezüglich des Briefes die Weiskirchen von 50 K. aufgehoben wurde. Verurteilt: H. N. Dr. Eder verteidigt.

Einem Weiskirchen junger Mann machte im Januar d. J. der Schlossermeister Peter K. in Weiskirchen Weiskirchen, als er von dem Weiskirchen Otto Stöckel und dem Weiskirchen Carl Platz aus Weiskirchen zwei Weiskirchen von 200 und 200 K. entwendete. Die beiden Weiskirchen, die einen Wert von über 1000 K. hatten, waren von Stöckel und Platz und noch zwei anderen, die durch Eintritt ins Meer sehr außer Verfolgung sind, zur Weiskirchen mit großer Raffinesse und der Weiskirchen der Weiskirchen Daniel gehalten worden. Auch für Weiskirchen war Karl Weiskirchen gewesen. Stöckel und Platz sind beide Weiskirchen. Bei einer Weiskirchen im Weiskirchen ferner in einem Weiskirchen ein halbes Tausend Kohlen gefunden worden, der auch den Weiskirchen Weiskirchen, in Weiskirchen er beschlagnahmt war. Auch war Stöckel des Weiskirchen Weiskirchen mit Weiskirchen Weiskirchen anwesend. Er soll sich von Weiskirchen Weiskirchen haben lassen sollen. Stöckel wurde zu 1 Jahr, Platz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Weiskirchen der außer den Weiskirchen sein Weiskirchen und Weiskirchen der Weiskirchen anwesend war, wurde freigesprochen. Als Weiskirchen war die Weiskirchen Dr. Eder aufgetreten. Wegen Stöckel und Platz wurde Weiskirchen verurteilt.

Aus dem Großherzogtum.

Schwefingen, 30. April. Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Schwefingen hielt gestern nachmittags im Gasthaus zum „Schwanen“ hier seine

gutebuhete Generalversammlung ab. Aus dem von den Vorstehenden, Geh. Regierungsrat Dr. W. J. J., erstellten Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Verein aus seinen Mitteln dem „Badischen Heimatsdienst“ 1000 Mk. gestiftet hat. Nach Genehmigung des Kassendirektors und neuen Vorstandes verdrängte sich Hofgärtner Unzel hier in längeren lehrreichen Ausführungen über das Thema „Gemüsebau“. Er erwähnte eindringlich die Landwirtschaft an ihre große Pflicht und Verantwortung gegenüber dem Vaterlande und schloß mit den Worten „Bauet Gemüse“.

N. Heidelberg, 25. April. In der heutigen zwanglosen Zusammenkunft des Vereins Frauenbildung, Frauenstudium, unter Vorsitz von Frau Prof. Marie Anne Weber, sprach Frau Hedwig Reumeter über „Kriegsarbeit der Frau in der Volksernährung“. Als Vorsitzende des Heidelberger Hausfrauenvereins, als Leiterin der hiesigen Kriegs- und Volksernährungsvereins, als Vertreterin Badens im Frauenbeirat des Kriegsernährungsamts in Berlin, hat Frau Reumeter einen tiefen Einblick genommen in alle Fragen der Volksernährung und berichtet selbst und sachkundig von der vielfältigen und umfassenden Kriegsarbeit der Frauen, besonders der Hausfrauenvereins, auf diesem Gebiet: Belohnung der Hausfrauen, Einwirkung auf die Marktverhältnisse, Führung der Marktschranken, Nahrungsmittelverteilung zwischen Stadt und Land, Gründung von Verkaufsstellen in den Städten für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse und, als neueste Aufgabe, Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande. Besonders interessant war der Bericht der Rednerin über die alle 3-4 Wochen unter Vorsitz von Excellenz Graf v. Helldorf abgehaltenen Besprechungen des Kriegsernährungsamts. Frau Reumeter wies auf die schwierige Aufgabe des Lebensmittelverteilung hin, dem jedes Verlangen auf irgend einem Gebiete der Lebensmittelversorgung persönlich zur Last gelegt wird; sie hob hervor, daß das deutsche Volk es Weiskirchen, Weiskirchen hat, daß er das Wort sprechen konnte: „Die letzten Monate waren eine schwere Prüfung, Deutschland hat sie überstanden.“ Von der Heidelberger Kriegsarbeit berichtete die Rednerin, daß dies in Zukunft lediglich die Weiskirchen übernehmen, während die Weiskirchen der Weiskirchen den Weiskirchen obliegt. Die Weiskirchen werden täglich das Weiskirchen an 4000 Personen ab. Über zu 20 Weiskirchen. Sehr beachtenswert ist die Verkaufsstelle des Hausfrauenvereins, das Weiskirchen die Weiskirchen der Weiskirchen auf dem Lande. Dem sehr beliebt aufgenommenen Vortrag folgte eine einstündige Aussprache.

Weiskirchen, 30. April. Offizierstellvertreter Paul Sabersky-W. Weiskirchen von hier, Inhaber des Eisernen Kreuzes, starb im Weiskirchen. Die Beerdigung findet am 4. Mai in Weiskirchen statt.

Freiburg, 2. Mai. Heute vollendete Geh. Hofprof. Dr. Fridolin Eisele sein 80. Lebensjahr. Prof. Eisele stammt aus Schwefingen, studierte zuerst Theologie und wandte sich dann der Rechtswissenschaft zu. 1883 promovierte er an der Berliner juristischen Fakultät, war einige Jahre in Basel Ordinarius für römisches Recht und wurde 1874 an die hiesige Universität berufen, wo er über römisches und später über Bürgerliches Recht las. Hier sechs Jahren trat der Weiskirchen, von dessen umfassenden Wissen zahlreiche Abhandlungen zeugen, in den Weiskirchen.

Statt besonderer Anzeige. Den Helden des Vaterland starb am 28. April 1917 mein langstgeliebter Mann und liebevoller, treuer Vater unseres einzigen Kindes, unser noch einziger, teurer Sohn, Schwager, Bruder, Schwager, Onkel u. Neffe **Gustav Berger** Hauptlehrer in Mannheim. In tiefster Schmerze: Emma Berger, geb. Naat Hildegard Berger. KARLSRUHE, den 30. April 1917. Schulstrasse 11a. 9383. Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Den Helden des Vaterland starb bei den letzten Kämpfen unser **Vorstandsmitglied Herr Hermann Leonhardt** Wir betrauern in dem auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen einen Mann, dessen Pflichttreue ihm ein gutes Gedenken unserer Kameraden sichern wird. P. 115. Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Hanloisbetriebe.

Statt besonderer Anzeige. Verwandter, Freunde und Bekannte die schmerzhafte Mitteilung, dass unser langstgeliebter Onkel und Vater, unser guter Sohn, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel **August Hessert** Ersatz-Reservist in einem Landsturm-Batalion nach kurzer schwerer Krankheit sanft verschieden ist. In Namen der trauernd Hinterbliebenen: **Josephine Hessert**. Mannheim (Koblenstrasse 3), den 2. Mai 1917. Die Beerdigung findet am Samstag nachmittag 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt. 9379.

In den letzten Kämpfen fiel für unser Vaterland unser Buchhalter **Herr Jean Flörchinger** Wir betrauern mit seinen Angehörigen den Tod dieses treuen pflichterfüllten Beamten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. N. 115. **Gebrüder Mayer**. Mannheim, den 3. Mai 1917.

Tieferschüttert teilen wir Verwandten und Bekannten mit, dass unser guter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Enkel und Neffe **Verwaltungsgehilfe Philipp Metz** im Alter von 19 1/2 Jahren bei den schweren Kämpfen am 28. April den Helden des Vaterland gestorben ist. 9353. In tiefer Trauer: Familie Ph. Metz, R. 4, 6. Mannheim, 2. Mai 1917.

Stets grosse Mengen großbar an Lager: **Riemenscheiben Transmissionslager Transmissionswellen Treibriemen Elevatoren u. s. w.** **J. Engelsmann, Ludwigshafen a. Rh.** **Schemel** mit Metall- u. Eisen, Holzgestell. **Unionwerk Mea G. m. b. H.** Abteilung Eisenwerk Feuerbach (Württ). Vertr.: Paul Lindemann Mannheim, Postfach 72. 937.

Ein schönes Gesicht ist die beste Empfehlungskarte. Weiskirchen dieser Versuch, wird über Nacht durch Gebrauch von **Herrn Rosenmilch** das Gesicht u. die Hände weich und zart in jugendlicher Frische. Daselbstige Leber-, Nieren-, Gicht-, Haut-, Gemüsepflanzen, sowie alle Unreinheiten des Gesichtes und der Hände, Glas Mk. 2.—. **Kurfürsten-Drogerie Th. v. Eichstedt, N. 4, 12/14 Karlsruher, Kurfürstenhaus.**

Damenhüte in reichhaltiger Auswahl garniert u. ungaryert zu vorteilhaften Preisen. Aufarbeiten alter Hüte empfiehlt **A. Joos, Mode** G. 7, 20 Mannheim Tel. 9336

Anfertigung und Lager von **FLAGGEN** aller Länder. **J. Gross Nachfolger** Inh.: Stotter. F. 2, 6 am Markt F. 2, 6

Detektiv. Institut und Privatauskunft „Argus“ A. Baur & Co. G. m. b. H., Mannheim, U. 11 — Telephon 3288. Vertrauliche Auskünfte jeder Art, Untersuchungen in allen Kriminal- u. Zivilprozessen, Reisebegleitung.

Hüte für Damen und Herren. **Tack-** Stoffe für Herren-Anzüge, Überzieher, Hosen u. Hemden. **Regist Welt** F. 1, 20. **Jun Art. u. Sanft** wird angenommen. **Herrn-, Damen-** Kleider repariert, sauber, reinigt, bügelt, schneidert, meißelt. **Tätowierung** mit allen Arten Tätowierung. **Rönig, 2. 2. 2.** Eingetragene Marke.

